

# Der fatale Nullsummen-Irrtum

**Wachstumsdaten:** Die anhaltende Schwäche der deutschen Wirtschaft ist nicht nur konjunkturell bedingt

DIRK MEYER

Einfache und scheinbar logische „Weisheiten“ haben es mitunter leicht, unseren Verstand zu lenken – nicht immer falsch, aber manchmal doch zu kurz gedacht. Das Denken in Nullsummen zählt hierzu. Schon bei Bertolt Brecht (Strophe 17 von „Alfabet“ 1934) findet sich diese Logik: „Reicher Mann und armer Mann, standen da und sah'n sich an, und der Arme sagte bleich: Wär' ich nicht arm, wärs't du nicht reich.“ Die aktuelle Konsequenz der Linken: Vermögen-/Millionärsteuer und Steuerprogression für „leistungslose“ Kapitaleinkommen. Doch auch Donald Trump spielt mit seiner Schutzzollpolitik auf diesem Klavier: Zölle auf Stahl- und Autoimporte sollen Arbeitsplätze des „Rust Belts“ vor ausländischer Konkurrenz schützen und Staatseinnahmen bringen.

Gemein ist beiden politischen Programmen die Annahme, eine bestimmte Summe Geldes (Einkommen, Bruttoinlandsprodukt/BIP) oder die Zahl der Arbeitsplätze in der globalen Autoindustrie sei konstant und nicht etwa vom Handeln der Akteure selbst abhängig. Die logische Konsequenz: Der Vorteil der einen Seite ist zwangsläufig ein Nachteil der anderen. Damit jeder für sich selbst das größte Stück vom vorhandenen Kuchen bekommt, muss man verhindern, dass andere mehr bekommen. Allein dieses Verhalten weist auf die hohen Kosten von Verteilungskämpfen hin. Die Möglichkeiten einer Win-Win-Situation werden ausgeblendet. Stattdessen konzentriert man sich auf Umverteilung. Nullsummen statt Positivsummen sind das Ergebnis.

Verschiedene Studien belegen das verbreitete Denken in Nullsummen der heutigen Gesellschaft. Der Aussage: „Je mehr die Reichen haben, desto

weniger bleibt für die Armen übrig“, stimmten in Deutschland 48 Prozent zu – nur 44 Prozent sahen das anders. In Ostdeutschland bejahten dies knapp 60 Prozent (gegen 29 Prozent). Selbst in der Schweiz unterstützten 30 Prozent der Befragten diese Denkweise. Eher unerwartet war hier auch das Ergebnis, dass diese Einstellung unabhängig von Alter, Geschlecht, Ausbildung oder Sprache über alle Bevölkerungsgruppen verbreitet war.

## Nur prosperierende Wirtschaft schafft Umverteilungsspielräume

Mehrere Ursachen befördern diese Denkart. In Zeiten eines Nahe-Nullwachstums – das Frühjahrsgutachten des Sachverständigenrates prognostiziert 0,5 Prozent für 2026 – gibt es keinen Überschuss, den es zu verteilen gibt. Auch die langfristigen Aussichten sind keinesfalls besser, da das Potentialwachstum bei normaler Auslastung der Kapazitäten – mit 0,4 Prozent angegeben wird. Hinzu kommt, dass die Herausforderungen an das deutsche BIP in den nächsten Jahren steigen werden – Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge infolge des demographischen Wandels von derzeit 42,3 Prozent auf 50 Prozent bis 2040; Lasten der „Kriegstüchtigkeit“ von fünf Prozent des BIP (drei Prozent für Militär; 1,5 Prozent für verteidigungsrelevante Infrastruktur); energetischer Umbau für die Klimaziele pro Jahr etwa 100 Milliarden Euro sowie Infrastrukturinvestitionen zur Behebung des Modernisierungsstaus von etwa 40 Milliarden Euro jährlich.

Diese Summen stehen nicht mehr für den „normalen“ Konsum zur Verfügung, sondern werden ihm zukünftig schmälern. Neben diesen objektiven gesellschaftlichen Restriktionen bestehen subjektiv-individuelle Lebenserfahrungen. In der Weltfinanzkrise 2008/09 wurden die Verluste auf die



**Geschäftsaufgabe:** Angesichts der Probleme fehlt der Glaube an eine bessere Zukunft

Allgemeinheit abgewälzt, wobei die Gewinne zuvor privatisiert werden konnten. Während Corona und des Ukrainekrieges tragen die Bürger die Lasten gestiegener Lebenshaltungskosten, während Gesundheits-, Rüstungs- und Ölfirmen Extragewinne erwirtschaften. Schließlich fehlt den jungen Menschen angesichts der wahrgenommenen Probleme der Glaube an eine bessere Zukunft.

Die Folgen dieser Nullsummen-Mentalität sind gravierend. Im allgegenwärtigen Verteilungskampf um gegebene Ressourcen sinkt die Kompromissbereitschaft, und die gesellschaftliche Polarisierung wächst. Das Vertrauen in demokratische Prozesse und in die Stabilität gesellschaftlicher Institutionen wie etwa die Sozialversicherungen schwindet. Zugleich geht ein gesteigertes Nullsummen-Denken einher mit einem schwächeren Vertrauen in den Erfolg eigener Anstrengung, insbesondere bei geringerer Bildung, beruflichem Misserfolg und geringem Einkommen. Eigeninitiative und Risikobereitschaft zusammen mit Verantwortung und finanzieller Haftung gelten nicht immer als Tugenden eines auf gegenseitiger Leistung beruhenden Gesellschaftsbildes.

Die Akzeptanz marktwirtschaftlicher Abläufe leidet zugunsten eines Rufes nach staatlichen Hilfen (E-Auto-Kaufprämie) und Regulierung (12-Uhr-Preisregelung für Tankstellen) mit häufig zweifelhaftem Erfolg. Protektionistische Maßnahmen wie ein teils marktwidriger Mindestlohn, Quoten und ein langfristig fragwürdiger Mieterschutz, der Neubauproduktion mangels Rentabilitätsaussichten behindert, stehen hoch im Kurs. Ähnliches gilt für die exzessive Besteuerung von Unternehmen oder Privatpersonen. Für das gesellschaftliche Zusam-

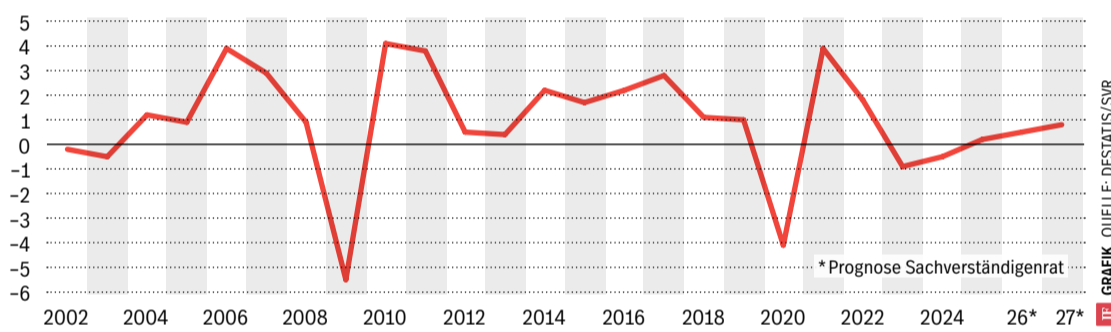
menleben besonders schädlich ist der Sozialneid. Zur Akzeptanz muss diese negative Eigenschaft mit der Gerechtigkeitslücke getarnt werden, um im Nullsummenspiel bedient zu werden.

Kann das Nullsummen-Denken durchbrochen/gewandelt werden? Zunächst wäre eine prosperierende Wirtschaft die Lösung, die Umverteilungsspielräume ohne Lasten Dritter eröffnen würde. Hierzu wäre ein grundlegender Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft notwendig, der jedoch in weiter Ferne stehen dürfte. Kurzfristig hilfreich wäre die Aufdeckung eines Nullsummen-Irrtums. Denn kooperatives Zusammenwirken ermöglicht häufig Lösungen, bei denen alle Beteiligten gewinnen. Allerdings müssen Menschen, die durch Veränderungen verlieren, für ihre Akzeptanz gewisse Kompensationen erhalten. So ermöglicht ein Wiederabbau von Zollschränken eine weltweite Produktion zu geringsten Kosten mit Handel, bei dem per Saldo alle Staaten gewinnen. Anpassungshilfen für innerstaatlich verlierende Branchen könnten unterliegen, für ihre Transformationsverluste Ebenfalls müssten Berufe und Branchen, die durch KI-Technologien einem besonderen Strukturwandel unterliegen, für ihre Transformationsverluste Hilfen bekommen, etwa Umschulungsangebote für entlassene Arbeitnehmer. Schnelles Umdenken tut not, damit sich die schädlichen Strukturen nicht verfestigen. Andernfalls könnte der zu verteilende Kuchen noch mehr schrumpfen.

**Prof. Dr. Dirk Meyer** lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.  
► [www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de](http://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de)  
■ Kommentar Seite 2

## Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland

Wachstum bzw. Schrumpfung gegenüber dem Vorjahr von 1992 bis 2027 (in Prozent)



# Laubsäge statt Kettensäge

**Übernahmekampf:** Nicht nur die Commerzbank wehrt sich tapfer

THOMAS KIRCHNER

Keiner will übernommen werden. Jetzt sträubt sich auch die Berliner Delivery Hero SE gegen ein Übernahmeangebot von Uber. Damit folgt der Lieferdienst der Commerzbank, die nicht mit der Mailänder Unicredit zusammengehen will, und der Universal Music Group (UMG), die ein Angebot von Pershing Square ablehnt. 33 Euro pro Aktie wollte Uber zahlen, oder einen Gesamtwert von zehn Milliarden, was das Management ablehnt. Einem Großaktionär soll Uber inzwischen sogar 40 Euro pro Aktie für einen Anteil von 5,5 Prozent gezahlt haben. 37 Prozent hält Uber dadurch, 25 davon als Aktien und den Rest in Derivaten. Solange der Aktienanteil unter 30 Prozent bleibt, ist Uber nicht zur Abgabe eines Übernahmeangebots an alle Aktionäre gezwungen.

Rein finanziell rechnet sich auch das niedrigere Angebot nicht, denn Delivery Hero schreibt Verluste, im letzten Jahr 2,62 Euro pro Aktie. Der Wert liegt in Zukunftshoffnungen, die Delivery Hero allerdings in der Vergangenheit wiederholt enttäuscht hat. Und der Konzern ist die letzte große Plattform im Segment der Lieferdienste, die übernommen werden kann, und offenbar auch zum Verkauf steht – seit Ende des Jahres sucht der Aufsichtsrat nach strategischen Optionen. Firmenchef Niklas Östberg wollte Anfang 2027 ohnehin Platz für einen Nachfolger machen. Noch pocht er auf Wachstum im Alleingang, doch das klingt eher nach preistreibender Verhandlungsstrategie denn ernsthafter Blockade. Eine Übernahme scheint sich daher auf die Frage des Preises zu reduzieren.

Zu keinem Preis verkaufen will offenbar die französische Familie Bolloré, die UMG kontrolliert, für die der US-Hedgfonds Pershing Square eine Übernahmeofferte rund 50 Prozent über dem Börsenkurs abgab. Das hätte zu einer Notierung an der New Yorker Börse geführt, in der Erwartung, dort eine höhere Bewertung zu bekommen. UMG hat einen umfangreichen Rechtekatalog (Helene Fischer, Metallica, Rolling Stones, Taylor Swift), dessen wahrer Wert im aktuellen Börsenkurs nicht reflektiert ist. Verkäufe von Musikrechten sind zu deutlich höheren Bewertungen statt, die finden dem

Boom 2022 nur wenig gefallen sind. Das 15- bis 20fache der jährlichen Lizenzentnahmen ist der übliche Rahmen, für Raritäten wird das 30fache bezahlt. Die Band Queen soll ihren Katalog für über eine Milliarde Dollar versilbert haben. Zusätzlich hält UMG einen Anteil von drei Prozent an Spotify, der etwa ein Zehntel des Marktwerts von UMG ausmacht, von dem die Hälfte verkauft werden soll. Von den Erlösen bietet sich ein Aktienrückkauf an. Somit kann UMG im Alleingang eine Verbesserung der Bewertung an der Börse erreichen.

Der Dritte im Bunde der Übernahmestrafen ist die Commerzbank, die sich gegen die Italiener sträubt. Treibende Kraft des Widerstands sind Gewerkschaften und die deutsche Politik. Obwohl man sich auf EU-Ebene einig ist, dass Europas Banken zu klein sind und zu größeren Instituten fusionieren müssen, um kapitalintensive Investitionen finanzieren zu können – eine der Kernforderungen des Draghi-Berichts von 2024. Nur sollen das eben die anderen machen. Deutschland gilt schon seit Jahrzehnten als übersättigt mit mittelgroßen Banken, die den Mittelstand hervorragend finanzieren können, mehr aber auch nicht.

Dass Ex-EZB-Chef Mario Draghi nicht ganz auf taube Ohren gestoßen ist, verdeutlichte die EU am 30. April, als sie neue Richtlinien zur Fusionskontrolle vorlegte. Für EU-Verhältnisse ein seltenes Eingeständnis, dass die Bürokratie Wachstum behindert. Doch eine Reform mit der Kettensäge war das noch lange nicht, eher ein Kratzen mit der Laubsäge an den Rändern. Künftig soll bei der Genehmigung einer Übernahme Gewicht auf Innovation, Investition und die Widerstandsfähigkeit des Binnenmarkts gelegt werden. Kurz: Die Europäer brauchen selbst große Konzerne, wollen wir mit den Großen aus China und den USA konkurrieren können. Die Frage ist nur, ob das umgesetzt wird. Denn tief verwurzelt ist auch in der Rechtsprechung der Gedanke, dass die Öffentlichkeit vor Konzernen geschützt werden muss.

Das andere Hindernis sind die Unternehmen selbst, die allzuoft eine Unabhängigkeit im Mittelfeld einer Wachstumsstrategie durch Konsolidierung vorziehen. Neben Wandel in der Verwaltung soll man sich in der Öffentlichkeit nicht vor der Einstufung als Großkonzern fürchten müssen.

# Was darf ich online sagen?

Die Broschüre zum Digital Services Act (DSA) der EU, dt.: Gesetz über Digitale Dienste, ist ein Leitfaden für alle, die online ihre Meinung äußern. Darin analysieren wir kritisch, was der DSA genau ist, wie er die Meinungsfreiheit im digitalen Raum gefährdet und warum das nicht weit weg in Brüssel passiert, sondern auch Sie unmittelbar betreffen kann.

**Jetzt kostenfrei bestellen:**  
Online unter [ADFIinternational.de/DSA](http://ADFIinternational.de/DSA) mit Stichwort „JF2“ oder einfach dem QR-Code folgen.




www.ADFInternational.de



**Wir schützen Freiheit. Weltweit. Mit Recht.**

Impressum: Alliance Defending Freedom International Deutschland e.V., Sitz: Frankfurt/M., Kontakt: Boockheimer Landstr. 17/19, 60325 Frankfurt/M., kontakt@adfiinternational.de

**ADF International** ist die größte weltweit tätige, christliche Menschenrechtsorganisation, die sich durch strategische juristische Arbeit vor Gerichten und an den wichtigsten internationalen Organisationen für Meinungs- und Religionsfreiheit, Elternrechte, den Schutz des Lebens sowie Ehe und Familie einsetzt. Mehr unter [www.ADFInternational.de](http://www.ADFInternational.de)